

Notizen von der Querfront (Juli `25)

Putins Trottel

Was geht in den Köpfen und Herzen von Appeasern vor sich, die ungeachtet der täglichen Gräuel gegenüber der ukrainischen Zivilbevölkerung die Eröffnung „guter Beziehungen“ mit einem massenmörderischen Terrorregime immer noch als vorrangige Herzensangelegenheit zu betrachten scheinen: „Gemeinsame Sicherheit“ statt „Sicherheit vor Russland“!

Wie empathielos, naiv oder ideologisch verblendet muss sein, wer immer noch an einen russischen Friedenswillen glaubt, und dabei so tut, dass dieser nur durch ein Verschulden des expansiven Westens und der NATO bislang nicht zum Ausdruck kommen konnte.

Mit dem Manifest der SPD-Linken ist Putins deutsche Querfront noch breiter aufgestellt. Die AfD führt die SPD vor, indem sie heftige Zustimmung zum Friedenspapier der Stegner & Mützenich bekundet und auf dieser Basis der vier Prozent hinter ihr gestrandeten Regierungspartei sogar künftige Koalitionen anbietet.

Derweil die passionierte Spalterin Wagenknecht in ihrem Element ist, wenn sie den SPD-Linken eine Kooperation im Rahmen einer weiteren großen Friedensdemo anbietet. Ralf Stegner trat schon einmal auf einer solchen Veranstaltung als selbsternannter SPD-Repräsentant der historisch gescheiterten Friedensbewegung auf, um am Ende gnadenlos ausgepiffen zu werden, wenn er Putins Aggression wenigstens als „Angriffskrieg“ zu apostrophieren sich wagte.

Wie pöbelte Stegner in Richtung seines Verteidigungsministers Pistorius: Aufrüsten könne jeder Trottel, Diplomatie dagegen sei die Kunst. Wie vertrottelt kommen uns erst jene vor, die sich im Namen der Diplomatie beim Imperialisten Putin eine Klatsche nach der anderen abholen.

Wer von „militärischer Alarmrhetorik“, einem europäischen „Rüstungsrausch“ oder gar von „Kriegsbesoffenheit“ faselt, unterstellt entweder dem Westen und Kanzler Merz höchstpersönlich eine Kriegsabsicht gegen Russland wie das BSW, oder der aufrüstenden EU eine verantwortungslose Forcierung der Kriegsgefahr wie Stegner-Mützenich & Co oder den Warnern vor Putins Kriegsabsichten schlicht einen Demenzverdacht wie TV-Philosoph Precht oder der Linkspopulist Augstein.

Sein Debakel auf dem SPD-Parteitag – er bekam nur 64,9 Prozent der Delegiertenstimmen! – führte Parteichef Lars Klingbeil nicht nur auf seine forsche Personalpolitik beim Einstieg in das neue schwarz-rote Bündnis zurück. Einen weiteren Grund sah er in dem Bruch, den er gegenüber der servilen Russland-Politik seiner Partei früherer Tage vollzogen hat und an dem er auch nicht mehr zu rühren gedenke. Zuvor hatte er schon seinem Ex-Kanzler in einem Interview attestiert, sich in Sachen Putin & Russland „völlig verrannt“ zu haben. Schröder – ein hoffnungsloser Fall von Korruption und moralischem Verfall.

Entspannungsdogmatischer Geschichtsrevisionismus

Mit dem Russland-Manifest der SPD-Linken scheint sich nunmehr ein entspannungsdogmatischer Geschichtsrevisionismus etabliert zu haben. Er besteht aus vier Momenten:

Erstens der Verwechslung der alten Ostentspannung mit einer Äquidistanzpolitik. Schon Brandt war der Begriff „Ostpolitik“ nicht genehm, weil nicht „westlich“ genug. Er befürchtete, dass damit genau das eintreten würde, was seine Gemeinde, die sich auf ihn beruft, seit jeher unterschlägt: Dass die Entspannungspolitik im Westen angedacht (Kennedys *Strategy of Peace*!) und

mit dem Westen abgestimmt worden war und ohne ein Einvernehmen mit ihm gar nicht hätte stattfinden können. Die Ostpolitik war kein Befreiungsversuch aus der „Abhängigkeit“ der USA.

Zweitens die Verwechslung der Entspannung mit einer pazifistisch anmutenden Politik der Selbstentwaffnung. Ohne bis unter die Halskrause gewappnet zu sein, hätten Brandt, Scheel und Bahr gar nicht im Kreml bei Gestalten wie Breschnew, Gromyko oder Falin aufkreuzen können, die zwei Jahre zuvor noch die Panzer der Roten Armee gegen den Prager Frühling mobilisiert hatten. D.h. Ohne Abschreckung und – jawohl: - ohne die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr, gleichzeitig organisiert unter Verteidigungsminister Helmut Schmidt, hätte die Entspannungspolitik gar nicht wirksam sein können.

Geradezu grotesk, dass jene beiden präventiven Voraussetzungen – Abschreckung und Kriegstüchtigkeit - nunmehr von den falschen Beschwörern der Brandt'schen Ostpolitik als Eskalation im Krieg gegen die Ukraine stigmatisiert werden.

Drittens: Auch zur beweihräucherten Formel „Wandel durch Annäherung“ wird in SPD-Kreisen unterschlagen, dass Brandt 1988 in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“ zum 25. Jahrestag der Tagung in Tutzing bemerkt hat: „Ich war mit dem Titel (*Egon*

Bahrs!) nicht ganz einverstanden. Denn wir waren es ja nicht, die sich zu wandeln gehabt hätten.“ Griffig sei ein Titel aber nur dann, wenn er nicht erklärt werden müsse. Obwohl ein wenig verärgert, wollte Brandt sich aber nicht von seinem vorpreschenden Senatssprecher distanzieren, nachdem dieser von Wehner Prügel für seine wegweisende Tutzinger Rede bezogen hatte.

Die monierte „Ungriffigkeit“ des Titels führte später in der Tat dazu, dass sich Figuren wie Platzeck nach der Krim-Annexion, Lafontaine & Wagenknecht mit dem Überfall auf die Ukraine stets aufs Neue auf „Wandel durch Annäherung“ beriefen. Diesen wollte Gregor Gysi sogar höchst skurril auf Verhandlungen mit den Taliban (!) angewendet wissen.

“Wandel durch Annäherung“ als ein Prinzip hochzujubeln, das auf alle außenpolitischen Krisensituationen angewandt werden könne, hat der SPD-nahe Historiker Jan Clas Behrendt im parteiinternen Streit um die aktuelle Einschätzung der Ostentspannung überzeugend zurückgewiesen. Brandts mutige Politik stelle nur ein zeitlich beraumtes, durchaus wirksames Kapitel in der Nachkriegsgeschichte des Kalten Kriegs dar. Mehr aber auch nicht.

Viertens: die totale historische Überhöhung der alten Ostpolitik. Geriet schon die gängige Einordnung als Komplement zur Westintegrationspolitik Adenauers

immer ein wenig zu wohlwollend, wenn nicht übertrieben, so melden sich nunmehr Apologeten zu Wort, die sogar die Ostpolitik als vorrangig gegenüber der Westintegration interpretieren, d.h. denen die Freundschaft zu Russland eine größere Herzensangelegenheit zu sein scheint als die Treue zu NATO und transatlantischer Partnerschaft.

Hinzu kommt die schiefe Einordnung der Ostentspannung in ein pazifistisches Kontinuum bundesdeutscher Bewegungsgeschichte, wie sie von Lafontaine bis Stegner vorgenommen wird – vom Anti-Atom-Protest Ende der 1950er Jahre, über die Ostermarschierer in den 1960er Jahren bis zur Friedensbewegung gegen die NATO-Nachrüstung Anfang der 1980er Jahre.

Das aktuelle Friedensmanifest der SPD-Linken ist ein weiteres Beweisstück dafür, wie sehr vor allem notorisch antiamerikanisch eingestellte Sozialdemokraten noch immer einen höchst neutralistisch nebulösen Begriff von ihrer eigenen Friedenspolitik haben, unter die Schröders Erzfreunde sogar dessen Kreml-Geschäfte zu subsumieren pflegen.